

## Wege zu einem liberalen Rentensystem – Ökonomische und politische Herausforderungen

### **Das Problem**

Das deutsche Rentensystem beruht auf einer moralischen Prämisse: dass eine Generation für die andere kollektiv zu sorgen hat. Die arbeitenden Bürger finanzieren die Renten der Älteren, nicht freiwillig, sondern per Gesetz. Der sogenannte „Generationenvertrag“ ist kein Vertrag, sondern eine gesetzlich erzwungene Umverteilung.

Solange die demografischen Verhältnisse günstig waren, blieb dieser Widerspruch unsichtbar. Heute wird er zunehmend offensichtlich. Nach Projektionen des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* wird das Erwerbspersonenpotenzial bis 2060 um rund 11,7 % von etwa 45,7 auf 40,4 Millionen Menschen sinken, selbst unter der Annahme steigender Erwerbsquoten und anhaltender Zuwanderung.<sup>1</sup> Prognosen wie denen des Ökonomen Bernd Raffelhüschen zufolge könnten die Sozialabgaben bis 2057 „auf mindestens 50, eher mehr als 60 Prozent steigen“.<sup>2</sup> Der Altenquotient wird nach Vorausberechnungen des *Statistischen Bundesamtes* von derzeit rund 39 auf etwa 50 bis 65 Ältere je 100 Erwerbsfähige im Jahr 2060 steigen.<sup>3</sup>

Die Zahlen beschreiben nur Symptome. Das eigentliche Problem ist die Prämisse, individuelle Lebensrisiken kollektiv organisieren zu müssen.

### **Die Ursache des Problems**

Die heutigen Schwierigkeiten des Rentensystems sind kein Zufall, sondern das Ergebnis einer politischen Entscheidung. 1957 beschloss der Deutsche Bundestag<sup>4</sup> eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung. Das ursprüngliche bismarcksche Prinzip, eine Versicherung gegen Altersarmut, wurde aufgegeben und durch eine echte Lohnersatzleistung ersetzt.

Begründet wurde dieser Wandel mit dem Konzept eines „Generationenvertrags“. Doch schon damals gab es warnende Stimmen. Der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kritisierte die Reform scharf:

“Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir auf den Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Hier liegt ein wahrlich tragischer Irrtum vor, denn man will nicht erkennen, dass

---

<sup>1</sup> <https://iab.de/presseinfo/rueckgang-des-erwerbbspersonenpotenzials-bis-2060-um117-prozent/>

<sup>2</sup>

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/oekonom-subventionierung-des-vorgezogenen-ruhestands-sofort-beenden/100150620.html>

<sup>3</sup>

[https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-altenquotient.html?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-altenquotient.html?utm_source=chatgpt.com)

<sup>4</sup> <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/1957-01-21-rentenreform-488538>

wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System umfassender kollektiver Sicherheit auf Dauer gänzlich unvereinbar sind.“<sup>5</sup>

Auch ein anderes Problem wurde früh erkannt: Das Umlageverfahren funktioniert nur stabil, solange genügend Beitragszahler nachrücken. Auf den Einwand, dass ein solches System auf dauerhaftes Bevölkerungswachstum angewiesen sei, soll Bundeskanzler Konrad Adenauer lapidar geantwortet haben: „Kinder kriegen die Leute immer.“ Dieser große Irrtum ist heute klarer denn je und der Preis wird nicht von Konrad Adenauer oder der CDU von 1957 gezahlt, sondern von uns, denjenigen, die den sogenannten „Generationenvertrag“ nie unterschrieben haben.

Arbeitsminister Anton Storch rechtfertigte die Reform dagegen mit der Idee einer Solidarität zwischen den Generationen. Kann Solidarität sinnvollerweise auf staatlichem Zwang beruhen? Solidarität verliert ihren moralischen Charakter, wenn sie staatlich erzwungen wird. In einer freien Gesellschaft entscheidet der Einzelne selbst, wem er helfen möchte. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich von Hayek erkannte genau das und sagte:

„Eine Gesellschaft, die nicht anerkennt, dass jeder Einzelne seine eigenen Werte hat, kann Freiheit nicht wirklich kennen.“<sup>6</sup>

Auch politisch war die Reform keineswegs frei von Kalkül. Konrad Adenauer hoffte, mit der populären Rentenreform seiner Partei einen Vorteil bei der Bundestagswahl 1957 zu verschaffen. Ein Teil der Bevölkerung erhielt unmittelbar Vorteile, während die Finanzierung über verpflichtende Beiträge von anderen getragen wurde. Politisch ist diese Logik verlockend: Wer staatliche Umverteilung organisiert, kann sich als Wohltäter präsentieren, obwohl kein neuer Wohlstand geschaffen wird. Dieses Muster prägt die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates bis heute: Mit großen Plänen, die durch die Mittel fremder Menschen realisiert werden sollen, wird für die Wahl der eigenen Partei argumentiert. Politik wird so zum Geschäft, bei dem man Wähler mit ihrem eigenen Geld besticht.

### **Die Illusion der Versicherung**

Ein weiterer Grund, warum die Rentendebatte häufig in die Irre führt, liegt bereits in der Sprache. Die gesetzliche Rentenversicherung wird als „Versicherung“ bezeichnet: doch nach der eigentlichen Definition erfüllt sie dieses Prinzip nicht.

Eine Versicherung beruht auf dem Grundprinzip der kollektiven Risikoübernahme. Viele Menschen zahlen Beiträge in eine gemeinsame Kapitalsammelstelle ein, aus der im Schadensfall diejenigen entschädigt werden, bei denen ein seltenes, statistisch abschätzbares Ereignis eintritt.

---

5

[https://www.ludwig-erhard.de/gerechtigkeit-und-verantwortung-in-der-rentenpolitik/?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.ludwig-erhard.de/gerechtigkeit-und-verantwortung-in-der-rentenpolitik/?utm_source=chatgpt.com)

6

[https://fee.org/articles/18-hayek-quotes-that-show-the-importance-of-liberty/?utm\\_source=chatgpt.com](https://fee.org/articles/18-hayek-quotes-that-show-the-importance-of-liberty/?utm_source=chatgpt.com)

Genau diese Voraussetzung ist bei der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfüllt. Der „Versicherungsfall“ - das Erreichen des Rentenalters - ist kein seltenes Risiko, sondern ein Ereignis, das bei nahezu allen Versicherten eintreten sollte. Es gibt also kein Kollektiv, das sich gegen einen unwahrscheinlichen Schadensfall absichert. Vielmehr handelt es sich um eine institutionalisierte Umverteilung zwischen Generationen.

Hinzu kommt, dass die Beiträge im Umlagesystem nicht angespart werden. Sie werden unmittelbar an die aktuellen Rentner ausgezahlt. Ökonomisch betrachtet funktioniert das System daher weniger wie eine Versicherung als wie eine zweckgebundene Steuer. Der Eindruck, man habe sich seine eigene Rente „erarbeitet“, entsteht durch politische Rhetorik, nicht durch die tatsächliche Funktionsweise des Systems.

### **Warum die Aktienrente aus liberaler Sicht bedenklich ist**

Besonders häufig wird eine staatlich organisierte Aktienrente als marktwirtschaftliche Lösung, insbesondere von Liberalen<sup>7</sup>, präsentiert. Wenn der Staat große Kapitalfonds aufbaut und systematisch Unternehmensanteile erwirbt, bedeutet dies zwangsläufig eine zunehmende staatliche Kontrolle über Unternehmen.

Die politische Ökonomie liefert gute Gründe, warum solche Investitionen kaum neutral bleiben können. Die Public-Choice-Theorie<sup>8</sup> zeigt, dass politische Entscheidungsträger nicht außerhalb eigener Interessen handeln. Politiker streben nach Wiederwahl, Bürokratien nach Einfluss und Budget, Interessengruppen nach Vorteilen. Unter diesen Bedingungen liegt es nahe, dass staatliche Investitionsfonds nicht ausschließlich nach Renditegesichtspunkten investieren, sondern nach politischen Prioritäten.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass staatliche Investitionsfonds kaum jemals rein ökonomisch investieren. Der norwegische Staatsfonds<sup>9</sup> hat etwa beschlossen, Unternehmen aus der Öl- und Kohleindustrie aus seinem Portfolio auszuschließen, um klimapolitische Ziele zu berücksichtigen. Dieses Beispiel zeigt, dass staatlich organisierte Kapitalanlagen zwangsläufig politischen Prioritäten folgen.

Der Fonds soll also nicht nur Rendite erzielen, sondern auch ein politisches Signal an Unternehmen und Märkte senden. Damit wird deutlich, dass staatliche Investitionsfonds nicht lediglich Kapital verwalten, sondern wirtschaftliche Entwicklungen aktiv steuern sollen.

Der Ökonom Ludwig von Mises hat in seinem Werk *Bureaucracy* genau vor dieser Entwicklung gewarnt. Unternehmen funktionieren deshalb effizient, weil sie dem Profitmotiv unterliegen: Sie müssen Gewinne erwirtschaften, um im Wettbewerb zu bestehen. Bürokratische Organisationen dagegen orientieren sich nicht an Gewinnen, sondern an politischen Zielen und administrativen Regeln.

---

<sup>7</sup> <https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2021-03/105881-aktienrente-onepager-neu.pdf>

<sup>8</sup> <https://www.econlib.org/library/Enc/PublicChoice.html>

<sup>9</sup>

[https://www.abc.net.au/news/2019-06-13/norway-sovereign-wealth-fund-to-ditch-billions-in-coal-stake/11205134?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.abc.net.au/news/2019-06-13/norway-sovereign-wealth-fund-to-ditch-billions-in-coal-stake/11205134?utm_source=chatgpt.com)

Je stärker Unternehmen unter staatliche Kontrolle geraten, desto mehr verschiebt sich ihre Funktionslogik von unternehmerischem Handeln hin zu bürokratischer Verwaltung. Investitionsentscheidungen werden politisiert, Risiken sozialisiert und wirtschaftliche Effizienz tritt hinter politische Prioritäten zurück.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, welches staatliche Rentensystem das effizienteste ist. Die eigentliche Frage lautet, ob Altersvorsorge überhaupt eine Aufgabe des Staates sein sollte. Es ist die Aufgabe von Liberalen, für die Trennung von Wirtschaft und Staat zu werben und nicht dieses Ideal im Namen des Liberalismus in Form der Aktienrente sogar weiter zu untergraben.

### **Das eigentliche Hindernis: Moral**

Ökonomen diskutieren Beitragssätze, Kapitaldeckung oder Aktienrenten. Doch das eigentliche Hindernis liegt tiefer: in den moralischen Überzeugungen einer Gesellschaft. Die gesetzliche Rentenversicherung wird politisch nicht primär als ökonomisches Instrument verstanden, sondern als solidarisches System. Altersvorsorge erscheint damit nicht als individuelle Entscheidung, sondern als kollektive Verpflichtung.

Gerade darin liegt der entscheidende Punkt: Solidarität bedeutet hier nicht freiwillige Unterstützung, sondern verpflichtende Teilnahme. Das System funktioniert nicht trotz seines Zwangscharakters, sondern gerade durch ihn. Wer die Moral auf seiner Seite hat, hat in der politischen Auseinandersetzung meist auch die Macht.

Friedrich August von Hayek formulierte es treffend:

„Wenn wir eine freie Gesellschaft erhalten wollen, reicht die Wünschbarkeit eines Ziels nicht aus, um Zwang zu rechtfertigen.“<sup>10</sup>

Solange die Debatte auf Effizienzfragen beschränkt bleibt, müssen Liberale zeigen, dass ihre Vorschläge besser funktionieren. Solche Argumente finden kaum Gehör, da sie moralisch als fragwürdig gelten. So wird etwa argumentiert, die Rente gehöre nicht an die Börse, da Altersvorsorge keine Frage von Rendite, sondern von Sicherheit und Solidarität sei, eine Position, die unter anderem von Heidi Reichinnek<sup>11</sup> vertreten wird.

Damit verschiebt sich die Debatte: Nicht die Befürworter staatlicher Eingriffe müssen sich rechtfertigen, sondern jene, die sie in Frage stellen. Eine liberale Reform des Rentensystems scheitert daher nicht zuerst an ökonomischen, sondern an normativen Überzeugungen.

### **Die Macht der Narrative**

---

<sup>10</sup> [https://en.wikiquote.org/wiki/The\\_Constitution\\_of\\_Liberty?utm\\_source=chatgpt.com](https://en.wikiquote.org/wiki/The_Constitution_of_Liberty?utm_source=chatgpt.com)

<sup>11</sup>

[https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/heidi-reichinnek/fragen-antworten/angenommen-wir-leben-weiter-im-bisherigen-system-ist-eine-aktienrente-nicht-ein-mittel-zur-demokratisierung?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/heidi-reichinnek/fragen-antworten/angenommen-wir-leben-weiter-im-bisherigen-system-ist-eine-aktienrente-nicht-ein-mittel-zur-demokratisierung?utm_source=chatgpt.com)

In der aktuellen Rentendebatte taucht immer wieder dasselbe Bild auf: der Dachdecker<sup>12</sup> auf dem Gerüst, der angeblich unmöglich bis ins hohe Alter arbeiten kann. Dieses Beispiel wirkt politisch so stark, weil es ein moralisches Narrativ erzeugt. Es ruft Empathie hervor, schafft ein klares Bild eines "einfachen Arbeiters" und stellt die Frage nach sozialer Gerechtigkeit scheinbar eindeutig. Doch dieses Bild spiegelt die Realität der Arbeitswelt nur begrenzt wider. Während körperlich belastende Berufe zweifellos existieren, arbeitet heute nur noch ein vergleichsweise kleiner Teil der Beschäftigten in solchen Tätigkeiten. Der Großteil der Arbeitnehmer ist im Dienstleistungssektor<sup>13</sup> beschäftigt, der in Deutschland inzwischen rund drei Viertel der Erwerbstätigen umfasst. Trotzdem prägt das Bild des Dachdeckers weiterhin die rentenpolitische Debatte.

Gerade darin zeigt sich die Macht von Narrativen. Sie strukturieren politische Diskussionen stärker als die statistische Realität. Wer das moralisch überzeugendere Bild präsentiert, gewinnt häufig die Debatte. Der Apple-Mitgründer Steve Jobs brachte diese Dynamik einmal auf den Punkt: Lebenswege

„Der mächtigste Mensch der Welt ist der storyteller.“<sup>14</sup>

Auch in der Rentendebatte fehlt bislang ein überzeugendes liberales Gegennarrativ. Dabei liegt die Stärke des Liberalismus gerade darin, die Vielfalt menschlicher Lebenswege anzuerkennen. Eine freie Gesellschaft muss nicht zwischen „Arbeitern“ und „Unternehmern“, zwischen Büroarbeitern oder Dachdeckern unterscheiden. Sie erkennt an, dass Menschen unterschiedliche Berufe, Lebensentwürfe und Risiken haben.

Es mag durchaus richtig sein, dass ein Dachdecker im Durchschnitt früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden muss als ein Büroangestellter. Doch ist das ein Argument dafür, dass der Staat zentral festlegt, wann Millionen Menschen in Rente gehen? Oder zeigt es nicht vielmehr, wie unterschiedlich Lebensrealitäten sind und wie sinnvoll individuelle Vorsorgeentscheidungen wären?

Der Ökonom Milton Friedman<sup>15</sup> stellte einmal eine einfache Frage: Warum soll ein 35-Jähriger Mann, der an AIDS erkrankt ist, weiterhin Beiträge in ein staatliches Rentensystem zahlen, wenn er weiß, dass er nur noch maximal 10 Jahre zu leben hat? Die Antwort zeigt die Grenzen zentral organisierter Systeme. Sie müssen Millionen individueller Lebenssituationen über einen einzigen Mechanismus regeln.

---

12

[https://www.focus.de/politik/deutschland/klingbeil-erteilt-reiches-renten-idee-eine-absage-ein-schlag-in-s-gesicht-fuer-viele\\_857d1009-85bd-42e8-b299-e99c1387874b.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/klingbeil-erteilt-reiches-renten-idee-eine-absage-ein-schlag-in-s-gesicht-fuer-viele_857d1009-85bd-42e8-b299-e99c1387874b.html)

13

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1248/umfrage/anzahl-der-erwerbstaetigen-in-deutschland-nach-wirtschaftsbereichen/#:~:text=Der%20Dienstleistungssektor%20dominiert%20den%20deutsche n%20Arbeitsmarkt%20mit%20rund%2034%2C76%20Millionen%20Erwerbst%C3%A4tigen%20im%20Jahr%202024.>

14

<https://www.inc.com/jessica-stillman/steve-jobs-said-all-powerful-people-share-this-1-skill-modern-neuroscience-shows-he-was-right/90989138>

15 <https://www.youtube.com/shorts/ioCQuqNM8o4>

Diese Wissensgrenze politischer Planung beschrieb auch Friedrich August von Hayek treffend:

„Die eigentümliche Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften besteht darin, den Menschen zu zeigen, wie wenig sie tatsächlich darüber wissen, was sie zu gestalten glauben.“<sup>16</sup>

Eine freie Gesellschaft braucht keine einheitliche Lebensplanung für Millionen Menschen. Sie braucht Freiheit für Millionen unterschiedlicher Lebenswege: für den Dachdecker, der früher aufhören will zu arbeiten, für den unheilbar Kranken, und für jeden, der sein Leben selbst gestalten will. Das muss das liberale Narrativ sein.

### **Wo ist der selbstbewusste Bürger?**

Guido Westerwelle formulierte einmal sinngemäß einen Gedanken, der in jeder freien Gesellschaft zentral ist:

„Freiheit stirbt immer zentimeterweise. Gefährlich wird es, wenn Bürger ihr eigenes Immunsystem gegen Freiheitsbedrohungen vergessen. Wir brauchen selbstbewusste Staatsbürger - keine Untertanen.“<sup>17</sup>

Freiheit stirbt nicht im Sturm, sondern im Nicken. Sie verschwindet oft nicht durch einen großen Bruch, sondern durch tausend kleine Zugeständnisse. Nicht der Eingriff ist entscheidend, sondern dass ihm nicht widersprochen wird. Gerade darin liegt die eigentliche Bewährungsprobe einer freien Gesellschaft: im Selbstbewusstsein ihrer Bürger. Freiheit ist kein Zustand, der einmal erreicht und dann verwaltet werden kann: sie muss aktiv behauptet werden. Wo dieser Wille fehlt, genügt schon die stille Akzeptanz, um sie schrittweise auszuhöhlen.

In Deutschland jedoch gilt der Staat vielfach nicht als potenzielles Risiko, sondern als Lösung für nahezu jedes Problem. Wo der Staat zum Versorger wird, schrumpft der Bürger zum Antragsteller. Ein System, das auf Transfers statt auf Eigentum basiert, erzieht keine selbständigen Bürger, sondern Anspruchsberechtigte. Wer vom Staat abhängig ist, stellt ihn selten in Frage: ökonomische Abhängigkeit untergräbt politische Selbstbehauptung. Eine freie Ordnung braucht Bürger, die bereit sind, ihre Freiheit einzufordern und zu verteidigen.

Wer nicht daran glaubt, sein Leben selbst gestalten zu können, wird auch wenig Vertrauen in die eigene Verantwortung haben. Wessen Furcht bei eigenen Entscheidungen, Fehler zu machen, zu stark ausgeprägt ist, wird eher bereit sein, Verantwortung an den Staat abzugeben. Dann erscheint ein staatliches Sicherungssystem wie die umlagefinanzierte Rente beruhigend: Scheitert es, ist man zumindest persönlich nicht verantwortlich.

Dass ängstliche Haltungen weit verbreitet sind, zeigt sich auch in anderen Bereichen. Viele Menschen haben heute das Gefühl, ihre politische Meinung nicht mehr frei äußern zu

---

<sup>16</sup>

<https://www.goodreads.com/quotes/6867865-the-curious-task-of-economics-is-to-demonstrate-to-men>

<sup>17</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=M9Yu\\_xlwUCM](https://www.youtube.com/watch?v=M9Yu_xlwUCM)

können. Eine repräsentative Umfrage vom Medienforschungsinstitut *Media Tenor*<sup>18</sup> zeigt, dass eine Mehrheit der Deutschen politische Ansichten nur noch vorsichtig äußert, aus Angst vor Kritik, sozialer Ausgrenzung oder moralischer Stigmatisierung. Doch eine freie Gesellschaft lebt gerade davon, dass Bürger ihre Überzeugungen offen vertreten und bereit sind, auch Widerspruch auszuhalten.

In jeder Gesellschaft gibt es Menschen, die andere zum Schweigen bringen wollen. Doch es gibt immer auch jene, die sich zum Schweigen bringen lassen. Die entscheidende Frage lautet daher: Wo ist der selbstbewusste Bürger, der seine Freiheit auch gegen gesellschaftlichen Druck verteidigt, vor allem dann, wenn der Zeitgeist auf den Staat getrimmt ist?

Wer Freiheit ernst nimmt, muss auch den Mut haben, sie selbstbewusst einzufordern.

### **Die Crux der Rentenproblematik und mittelfristiger Wandel**

Die eigentliche Schwierigkeit der Rentenreform liegt nicht nur im System selbst, sondern in den Abhängigkeiten, die der Wohlfahrtsstaat geschaffen hat. Über Jahrzehnte hinweg hat er dafür gesorgt, dass, bildlich gesprochen, die Hände eines Bürgers in den Taschen eines anderen liegen. Jeder finanziert jeden, und dadurch ist kaum noch jemand unabhängig von diesem System.

Gerade deshalb wäre eine sofortige Abschaffung des Umlagesystems politisch kaum durchsetzbar. Würde es von heute auf morgen beendet, wäre es übermorgen wieder eingeführt. Die Crux der Rentenproblematik liegt somit in der strukturellen Abhängigkeit, die das System selbst erzeugt hat.

Eine nachhaltige Reform kann daher nur schrittweise erfolgen und muss die individuelle Entscheidungsfreiheit wiederherstellen. Ein zentraler erster Schritt besteht darin, die verpflichtende Teilnahme am Umlagesystem aufzuheben und durch eine Opt-out-Lösung zu ersetzen. Bürger sollten nicht länger gezwungen sein, in das staatliche System einzuzahlen, sofern sie nachweisen können, dass sie eigenverantwortlich für ihr Alter vorsorgen. Kapitalmärkte ermöglichen es zum Beispiel, Ersparnisse produktiv zu investieren und langfristig am wirtschaftlichen Wachstum zu partizipieren. Diese Vorsorge muss nicht auf eine bestimmte Anlageform beschränkt sein; entscheidend ist allein, dass sie auf individuellem Eigentum und persönlicher Verantwortung basiert. Der Übergang erfordert zudem Lösungen für die Doppelbelastung der Übergangsgeneration, die gleichzeitig bestehende Ansprüche finanzieren und eigene Vorsorge aufbauen muss.

Gleichzeitig darf der Übergang nicht dazu führen, dass Menschen, die über Jahrzehnte zur Teilnahme gezwungen wurden, in existenzielle Not geraten. Ziel kann daher nicht der vollständige Schutz bestehender Ansprüche sein, sondern die Sicherstellung eines Mindestschutzes vor absoluter Armut im Alter.

---

18

<https://www.nzz.ch/visuals/mehrheit-der-deutschen-aeussert-politische-meinungen-nur-noch-mit-vorsicht-ld.1916157>

Dies ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Notwendigkeit. Rentner stellen einen erheblichen Teil der Wählerschaft dar. Reformen, die ihre grundlegende Absicherung infrage stellen, würden mit hoher Wahrscheinlichkeit auf massiven Widerstand stoßen und politisch scheitern. Ein Mindestschutz ist daher Voraussetzung dafür, dass ein Übergang zu einem liberaleren System überhaupt durchsetzbar wird.

## **Langfristiger Wandel: Die Rolle liberaler Intellektueller**

Die Ausbildung einer neuen Generation von Intellektuellen ist keine randständige Aufgabe, sondern die zentrale Voraussetzung für nachhaltige Reformen. Institutionen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind Ausdruck der vorherrschenden Ideen einer Gesellschaft. Solange in Bildung, Medien und öffentlicher Debatte Vorstellungen dominieren, die Abhängigkeit moralisch legitimieren und Eigenverantwortung zurückdrängen, bleibt auch das Rentensystem in seiner gegenwärtigen Form stabil.

Es bedarf daher jener Vermittler von Ideen, die ökonomische Zusammenhänge nicht nur erklären, sondern moralisch einordnen. Intellektuelle müssen deutlich machen, dass ein System individueller Vorsorge nicht nur effizienter, sondern auch gerechter ist.

Diese neue intellektuelle Gegenkultur muss in allen zentralen Sphären der Meinungsbildung wirken. In der Bildung sind es Lehrer und Professoren, die ein Verständnis für ökonomische Zusammenhänge und individuelle Verantwortung vermitteln. In den Medien sind es Journalisten und Publizisten, die komplexe Fragen verständlich aufbereiten und die moralischen Prämissen politischer Entscheidungen sichtbar machen. In der Kultur sind es Autoren, Filmemacher und Künstler, die Leitbilder eines selbstbestimmten Individuums vermitteln. Und in der Öffentlichkeit schließlich sind es Redner, Podcaster und digitale Meinungsmacher, die diese Ideen verbreiten und gegen bestehende Narrative verteidigen.

Erst wenn sich die zugrunde liegenden moralischen Überzeugungen verändern, wird ein Übergang zu einem liberalen Rentensystem politisch möglich.

### **Kurzfasit**

Das Umlagesystem verspricht Sicherheit und erzeugt Abhängigkeit. Es nennt sich solidarisch und beruht auf Zwang. Es gilt als gerecht und entzieht dem Einzelnen die Verantwortung für sein eigenes Leben. Vielleicht ist es daher kein Zufall, dass seine größten Probleme nicht trotz, sondern gerade wegen seiner Prinzipien entstehen.

Wer das ändern will, muss nicht nur ein System reformieren, sondern eine Denkweise.

von:	verfasst am:	in:	Tätigkeit:
Zeinab Herz	08.04.2026	Freiburg im Breisgau	Studentin